

20.09.2022

# Antrag

der Fraktion der SPD

## Respekt für unser Gesundheitspersonal sicherstellen!

### I. Ausgangslage

In den letzten Jahren lässt sich in unserer Gesellschaft ein wachsender Anteil an Anfeindungen und Hass beobachten. Zu einer funktionierenden Demokratie gehört eine lebendige Debatte um die besten Argumente. Hass und Hetze, Diskriminierung oder körperliche Gewalt haben dort keinen Platz und unsere Demokratie muss diejenigen schützen, die angegriffen werden.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass sich bestimmte Gruppen vom friedlichen und respektvollen Zusammenleben entfernt haben und die freie Meinungsäußerung attackieren. Wissenschaftliche Erkenntnisse werden abgelehnt und Anfeindungen werden gezielt gegen das Gesundheitspersonal gerichtet.<sup>1</sup> Die Corona-Schutzmaßnahmen und ganz besonders die entwickelten Corona-Impfstoffe haben große Debatten ausgelöst. Diese wurden von sog. „Querdenkern“ und Corona-Leugnern angefeuert, deren „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ vom Verfassungsschutz beobachtet wird.<sup>2</sup> Impfärztinnen und Impfärzte, Personal in Notfallambulanzen und Hausärztinnen und Hausärzte wurden bedroht, beschimpft und öffentlich an den Pranger gestellt. Nicht selten wurde auf Demonstrationen oder Versammlungen zu gezielten Gewalttaten gegen das Gesundheitspersonal aufgerufen - gegen das Personal, das während der Corona-Pandemie einen großartigen Job leistet. Neben Personalengpässen und steigenden Patientenzahlen hat das Gesundheitspersonal kontinuierlich dafür gesorgt, dass unser Gesundheitssystem funktioniert. Sie haben ihre eigenen Interessen zurückgestellt, um uns bestmöglich zu versorgen. Neben dieser ohnehin schon starken seelischen Belastung kamen die Anfeindungen und Bedrohungen von unterschiedlichen Personen(gruppen) hinzu. Wie verheerend diese zusätzliche seelische Belastung für unser Gesundheitspersonal sein kann, zeigt der traurige Fall von Lisa-Maria Kellermayr. Die österreichische Ärztin war im hausärztlichen Notdienst tätig und hat lange in der Corona-Pandemiebekämpfung gearbeitet. Öffentlich hat sie klar zu Impfgegnern und Corona-Leugnern Stellung bezogen. Die Reaktion darauf war entsetzlich. Die Angriffe gegen die Ärztin nahmen ein Ausmaß an, dass sie zuerst dazu brachte, einen eigenen Sicherheitsdienst zu beschäftigen. Die Bitte nach Polizeischutz wurde abgewiesen. Nachdem die Angriffe gegen die Ärztin nicht aufhörten und die seelische Belastung zu groß wurde, nahm sie sich am 29. Juli 2022 das Leben. Dieses

<sup>1</sup> <https://www.aerzteblatt.de/archiv/210697/Gewalt-gegen-Aerzte-Hoehere-Strafen-fuer-Gewalttaeter> [13.09.2022]

<sup>2</sup> [https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/verfassungsschutzrelevante-delegitimierung-des-staates/verfassungsschutzrelevante-delegitimierung-des-staates\\_node.html;jsessionid=88C66B0243D4B385DF268622DB7AC79E.intranet261](https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/verfassungsschutzrelevante-delegitimierung-des-staates/verfassungsschutzrelevante-delegitimierung-des-staates_node.html;jsessionid=88C66B0243D4B385DF268622DB7AC79E.intranet261) [13.09.2022]

Datum des Originals: 20.09.2022/Ausgegeben: 20.09.2022

tragische Schicksal zeigt, dass unser Gesundheitspersonal zukünftig stärker geschützt und die seelische Belastung der Menschen gemildert werden muss.

Das Thema der Gewaltprävention hat bisher keine große Aufmerksamkeit in der öffentlichen Debatte bekommen. Dennoch bieten Landesärztekammern und Kassenärztliche Vereinigungen bereits vielfältige Angebote zur Gewaltprävention an und immer mehr Krankenhäuser beschäftigen Sicherheitsdienste, um ihr Personal zu schützen. Neben den Krankenhäusern sind viele weitere Menschen im Gesundheitswesen betroffen.<sup>3</sup> Das Land NRW kann nun einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, geeignete Maßnahmen zu treffen, die das Gesundheitspersonal schützen. Dazu gehören unter anderem bauliche Maßnahmen wie Zutrittskontrollen oder Videoüberwachung (an Eingängen, Zufahrten und Parkflächen), Deeskalationstrainings für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Handlungsempfehlungen für Krankenhäuser, psychologische Unterstützung, Personennotrufsysteme und Sicherheitspersonal in den Einrichtungen.<sup>4</sup> Jetzt ist es an der Zeit, unserem Gesundheitspersonal den nötigen Respekt entgegenzubringen, damit sie ihren Dienst für uns ohne Angst und Hindernisse leisten können. Unser Gesundheitssystem und damit auch unser Zusammenleben würde sonst vor Auswirkungen stehen, die wir uns bisher nicht vorstellen können.

## **II. Der Landtag stellt fest, dass**

- das Gesundheitspersonal mit einer wachsenden Anzahl an Anfeindungen und Bedrohungen konfrontiert wird,
- umfassende Maßnahmen zum Schutz des Gesundheitspersonals gegenüber Anfeindungen und Bedrohungen eingeführt werden muss.

## **III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,**

1. eine landeseinheitliche Strategie zur Prävention von Anfeindungen gegenüber dem Gesundheitspersonal und zum Schutz vor seelischer und körperlicher Gewalt zu entwickeln. Dazu zählen folgende Maßnahmen:
  - a. ein runder Tisch zur Gewaltprävention mit Feuerwehr, Polizei, Ordnungsämtern, Krankenhäusern, Ärztevertretenden, Pflegekräften, Gewerkschaften und weiteren betroffenen Akteuren
  - b. Deeskalationstrainings für Arbeitnehmende im Gesundheitswesen
  - c. Eine Meldepflicht von Gewaltvorfällen gegen Gesundheitspersonal und eine systematische landesweite Erfassung
  - d. Eine Studie zu Gewalt und -prävention gegen Gesundheitspersonal
  - e. Rechtshilfe für Betroffene in Krankenhäusern, Praxen und anderen Gesundheitseinrichtungen
2. Handreichungen und Förderungen von Sicherheits- und Präventionsmaßnahmen in Krankenhäusern, Praxen, Senioreneinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe bereitzustellen. Dazu zählen folgende Maßnahmen:
  - a. Förderung von baulichen und technischen Präventionsmaßnahmen
  - b. Ausstattung von Notrufgeräten und -systemen
  - c. Erarbeitung von klinikinternen Leitlinien zur Gewaltprävention

---

<sup>3</sup> <https://www.aerzteblatt.de/archiv/210668/Schutz-von-medizinischem-Personal-Ueberfaellig-und-bit-ter-noetig> [13.09.2022]

<sup>4</sup> [https://www.dki.de/sites/default/files/2019-12/2019\\_Bericht%20KH%20Barometer\\_final.pdf](https://www.dki.de/sites/default/files/2019-12/2019_Bericht%20KH%20Barometer_final.pdf) & [https://www.gesundheitsdienstportal.de/files/Krankenhaus\\_Gewaltpraevention\\_2015.pdf](https://www.gesundheitsdienstportal.de/files/Krankenhaus_Gewaltpraevention_2015.pdf) [13.09.2022]

- d. Supervision und Fallbesprechungen, Nachsorge und Hilfsangebote
- e. Die Gewaltprävention in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen als Pflichtbestandteil in der Aus- und Weiterbildung von Gesundheits-, Sozial-, Rettungs- und Sicherheitsberufen weiterzuentwickeln.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Lisa-Kristin Kapteinat  
Thorsten Klute  
Lena Teschlade

und Fraktion